

Bezugspreis:
Inhalt: 1. H. — 1. H. — 1. H. —
frei ins Haus, wenn möglich. Post-
bezug: Monatlich 10. — 1. H. — 1. H. —
Bezugspreis. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich 16.50 M.,
für das übrige Ausland bei halbjähr-
licher Zahlung 21.50 M. Postbe-
tragungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Böhmen, Rumänien, Schwa-
ben, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz. — Eingetragene in
die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Welt“ und der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ erscheint
wöchentlich zweimal, Sonntags und
Montags einmal.

Telegraphen-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die Anzeigenpreise sind nachfolgende:
„Kleine Anzeigen“ des son-
ntagsheften: 1. — 1. H. — 1. H. —
sonstige: 1. — 1. H. — 1. H. —
Worte über 15 Buchstaben zählen für
zwei Worte. Anzeigen für Abonnenten
Zelle 2. — 1. H. — 1. H. —
die Zelle ohne Aufsatz.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Druckerei-Büro (Berlin SW 68, Linden-
straße 6) abgegeben werden. Geschäfts-
stunden von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197

Sonabend, den 5. Februar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54

Einladung nach London.

Berlin, 5. Februar. (WTB.) Der französische Bot-
schafter hat gestern im Auftrag des Präsidenten der Pariser
Konferenz anlässlich eines Besuchs beim Reichsminister des
Auswärtigen mündlich die Einladung übermittelt, zum
1. März deutsche Delegierte nach London zu entsenden. Der
Minister hat sich die Antwort auf die Einladung vor-
behalten.

Vertagung?

Paris, 5. Februar. (TL.) In belgischen Regierungskreisen
geht das Gerücht, daß die Londoner Konferenz vom 21. Februar bis
nach dem Antritt des neuen amerikanischen Präsi-
dents vertagt würde. „Coté Belge“, der dieses Gerücht wieder-
gibt, bemerkt, es sei nicht unmöglich, daß Amerika an der
Londoner Konferenz teilnehmen würde. Im französischen Ministerium
des Auswärtigen erklärt man, daß von einer möglichen Vertagung der
Londoner Konferenz nichts bekannt ist.

Protest der Genossenschaften.

Hamburg, 5. Februar. (TL.) Der Zentralverband Deutscher
Konsumvereine und die Großhandels- und Großverbraucher-
vereine in Hamburg erlassen einen Aufruf an die Genossenschaften
aller Länder, in dem gegen die Pariser Beschlüsse protestiert und
dringend ersucht wird, im Interesse der genossenschaftlichen Inter-
nationalen sich diesem Protest anzuschließen.

Der Teufelsanschlag.

Washington, 5. Februar. (EE.) Nach der „Chicago Tri-
bune“ wären vier amerikanische Geschäftsleute an den Pariser Be-
ratungen beteiligt. Drei von ihnen hätten erklärt, daß Deutschland
25 Milliarden bezahlen könne, der vierte sprach sich für
15 Milliarden aus. Nach eingeholten näheren Informationen
erklärten aber alle vier, in ihren Schätzungen zu hoch ge-
griffen zu haben. Zu der Bestimmung der deutschen Ausgabe hätte
keiner seine Zustimmung gegeben. Das Blatt gibt die Erklärung
eines hervorragenden Amerikaners wieder, der sagt: „Dieser An-
schlag ist ein Teufelsanschlag.“

Die Berliner Besprechungen.

Die deutschen Ministerpräsidenten sind heute um 11 Uhr unter
dem Vorsitz Fehrenbachs zusammengetreten. Simons berichtete.
Bergmann erstattete dem Reichspräsidenten Bericht über Brüssel
und Paris. Großbritannien und Frankreichs Botschafter besuchten
Dr. Simons. Dieser hat dem amerikanischen Journalisten Karl
v. Wiegand erklärt, daß er zurücktreten würde, wenn die
Reichsregierung auch nur um ein Jota von seinem Annehmen-
bare abwich; er hatte bereits seinen Rücktritt eingereicht, ihn aber
zurückgenommen, da die Gesamtregierung sich mit ihm solidarisch
erklärte.

Angst vor Amerika veto.

London, 5. Februar. (WTB.) Der Pariser Berichterstatter der
„Westminster Gazette“ schreibt: Die Pariser Konferenz habe eine
unangenehme Lage geschaffen, indem sie versäumte, die Wir-
kung ihrer Bedingungen in Amerika zu betrachten. Die Pariser
Politiker begannen einzusehen, daß mindestens in zweifacher Hinsicht
amerikanische Interessen durch die letzten Beschlüsse ver-
letzt werden: erstens durch den Zoll auf die deutsche Ausfuhr und
zweitens durch die Kontrolle der deutschen Anleihen.
In beiden Fällen hätten sich die Staatsmänner außerhalb des Freie-
denstrates begeben, und ihre Vorschläge berührten nicht allein
Deutschland, sondern auch Amerika und alle anderen Länder der
Erde. Es sei sofort klar gewesen, daß man durch die Besteuerung
der deutschen Ausfuhr einen Zoll auf eine potenzielle Ein-
fuhr nach Amerika lege.

Nach Berichten, die in Paris eingetroffen sind und zu einer
gewissen Beunruhigung Anlaß geben, wolle Amerika nicht,
daß die Alliierten es verhindern, mit Deutschland
Handel zu treiben, wie ihm beliebt. Die Vereinigten
Staaten wollten nicht gezwungen werden, durch ein Dekret, das ohne
jede Rücksprache mit ihnen angenommen wurde, die Schäden Deutsch-
lands zu bezahlen, indem sie deutsche Waren kaufen und so den
zweifelhafte Zoll entrichten.

Aus alledem zieht der Berichterstatter der „Westminster Gazette“
den Schluß, daß eine endgültige Entscheidung dieser
Fragen erst getroffen werden könne, wenn der neue amerika-
nische Präsident am 4. März sein Amt angetreten und
seine Politik dargelegt habe. Daher würde die geplante Londoner
Konferenz am 28. Februar vollkommen zwecklos sein.

Trippl abgeliefert.

London, 5. Februar. (Holländisch Newsbureau.) Der neue
deutsche Riesen-Dampfer Trippl ist im Hafen von Birmingham abge-
liefert worden.

Italien gegen die 12 Prozent.

Rom, 5. Februar. (EE.) Die „Tribuna“ berichtet: Die Mit-
glieder des mit der Prüfung des Ergebnisses der Pariser Konferenz
beauftragten Ausschusses haben sich einstimmig gegen die 12 prozentige Besteuerung der deutschen

Ausfuhr ausgesprochen. Die Entschädigungsziffern erscheinen zu
hoch.

Man meint in Italien, daß die Ausfuhrabgabe zwar zu einem
guten Schutz der englischen und französischen Industrie zu
werden verspricht, für die industriell weniger stark entwickelten
und daher mehr von der Einfuhr abhängigen Länder — darunter vor
allem für Italien — aber recht unangenehme Folgen haben kann.
Deutschland werde gezwungen seine Preise um die Abgabe erhöhen
müssen, und Italien mit seinem großen Bedarf an deutschen Pro-
dukten wird infolgedessen einen beträchtlichen Teil der Abgabe zu
tragen haben, die dann zu neun Zehnteln in den Taschen der großen
Verbündeten endet. Die italienische Presse ist im übrigen der Ansicht,
daß die Beschlüsse der Pariser Konferenz nicht endgültig seien,
wenn man überhaupt die Absicht habe, endlich einmal zu einem ge-
ordneten Friedenszustand zu gelangen.

Der Pariser „Peuple“ gegen Briand.

Paris, 5. Februar. „Jouhaux“ Organ „Peuple“ ist das einzige
Blatt, das sich kritisch mit Briands Erklärung beschäftigt. Es tadelt
namentlich, daß er in der Kammer von event. Zwangsmah-
nahmen gesprochen habe, während der Oberste Rat sich entschieden
hätte, sie in der Reserve zu halten. Das habe überraschen müssen.
Ein offenes Geheimnis verleihe man nicht, um einige Feindselig-
keiten zu entzünden. Aber Briand habe noch etwas viel Gravierendes
begangen, indem er erklärt habe, wenn Deutschland der Reparations-
zahlung widerspreche, dann würde es kurzerhand der Aus-
führung des Friedensvertrages verfallen. Der Ministerpräsident habe
da freiwillig die Verantwortung übernommen. Es sei nämlich bewiesen, daß eben
der Friedensvertrag von Versailles nicht ausgeführt werden könne.
Man wisse auch zu gut, daß die Reparationskommission unfähig sei,
ihre Aufgabe zum festgesetzten Zeitpunkt zu vollenden.

Es sei selbst, ohne impertinent zu erscheinen, gestattet, anzu-
nehmen, daß ihr Präsident Louis Dubois keine besonderen An-
strengungen machen werde, um die Berechnungen des Herrn Briand
zu erleichtern. Nach einem weiteren Irrtum stellt das Blatt fest.
Deutschland soll an Stelle von 2 Millionen Tonnen Kohle jetzt
2 Millionen 200 000 Tonnen Kohle liefern. Dadurch zwinge man
die deutschen Bergarbeiter, eine erschöpfende Mehrarbeit zu leisten.
Dabei werde die fünfjährige Prämie noch aufge-
hoben. Man könne nicht einmal sagen, daß das dem Vertrag
von Versailles entspreche, weil das dem Vertrag beigegebene inter-
nationale Arbeitsrecht den Grundsatz des Achtstundentages be-
stätige, der jetzt schon habe überschritten werden
müssen. Wenn man also das sage, was Briand gestern angekündigt
habe, dann teile man den deutschen Arbeitern mit, daß sie sich
in Hörigkeit befinden, dann begünstige man Ausbeu-
er, und das heißt die Arbeitermassen gegen die Entente auf-
heben. Das heißt Vorwände für Abenteurer und Sanktionen
suchen.

Scheidemann über die Krise.

Paris, 5. Februar. Der Berliner Vertreter der Tele-
graphenagentur „Est Europe“ hat Scheidemann interviewt, der er-
klärte, man habe wenig von den französischen Sozial-
isten zu erwarten, aber man erwarte um so mehr von der Ver-
nunft und der Kraft der englischen Arbeiter. Die immer stärker
werdende Arbeitslosenkrise, unter der sie litten, sei eine
direkte Folge der Politik von Versailles und die Krise könne nur noch
durch die Entscheidungen der Pariser Konferenz verschärft
werden. Scheidemann sagte auch, seine Partei werde die Regierung
unterstützen, solange ihre Handlungen mit der von Hermann
Müller vertretenen Erklärung übereinstimmen. Nach dieser Rich-
tung habe die Regierung hinsichtlich der militärischen Ver-
pflichtungen einige Fehler begangen, namentlich was die Organi-
sation, und diese Fehler müsse man heute teuer bezahlen.

Die Anschlussfrage.

Wien, 4. Februar. (Budgetausschuß.) Auf eine Frage,
wie sich die Regierung zur Abstimmung über den Anschluß verhalte,
antwortete Bundeskanzler Dr. Rade (Chr.-Soz.), daß die Re-
gierung auf dem Standpunkt des Vertrages von St. Germain
stehen muß und angesichts der wirtschaftlichen Not eine möglichst
neutrale Politik einzuhalten gezwungen ist. Auf einige Be-
merkungen des Abg. Dr. Bauer (Soz.) bezüglich des angeblichen
neuen Anschlußverbotes aus Paris erklärte der Bundes-
kanzler, daß weder eine offizielle Note noch sonst eine offizielle Mit-
teilung vorliegt.

Die Frage der Volksabstimmung über den Anschluß wird in der
nächsten Woche von den Parteien wieder in den Vordergrund der
Besprechungen gerückt werden. Die Völkervertreter verfechten die
Meinung, das Plebiszit in ganz Österreich an einem Tage,
aber länderweise vorzunehmen, doch soll die Entscheidung darüber
durch den Nationalrat erfolgen.

Revision durch Gewalt.

Die Erwartung, daß in der französischen
Kammerdebatte eine Antwort auf die im Reichstag
abgegebenen Erklärungen erfolgen werde, ist enttäuscht wor-
den. Die Sitzungsprotokolle der Kammer und des Reichs-
tags nebeneinander gelegt, würden vielmehr nur ein schönes
Bild davon ergeben, wie die Völker aneinander vorbeireden.
Deutschland steht, mit den Pariser Beschlüssen in der Hand,
seinen Untergang vor Augen und wehrt sich dagegen aus
einem natürlichen Lebenstrieb. Die Franzosen aber fürchten
ihren eigenen Untergang nicht weniger als die Deutschen den
ihren und blicken wie hypnotisiert auf ihr Finanz-
problem, das sie durch eine Art von Wunderkur zu lösen
versuchen. Wir sehen auch heute noch, im dritten Jahr des
sogenannten Friedens, zwei benachbarte Völker miteinander
im Daseinstampf, noch immer heißt es, wie in den Tagen
des Gemetels „Ich oder Du?“ Aber diese Fragestellung be-
ruht auf einer Selbsttäuschung, die Stimme des Schicksals
antwortet: „Beide!“

Die französische Debatte ist dem eigentlichen Weltproblem
völlig aus dem Wege gegangen. Sie gipfelte bisher in dem
Rededuell Lardieu-Briand, das mit großer Beschieden-
heit von beiden Seiten geführt wurde, aber große Gesicht-
punkte auf beiden Seiten vermissen läßt. Herr Briand konnte
nur deshalb Ministerpräsident werden, weil er an dem Zu-
standekommen des Friedens von Versailles, den die Franzosen
mit jedem Tage mehr als ein gänzlich verunglücktes Nach-
werk erkennen, nicht beteiligt war. Für ihn und alle seine
Nachfolger wird es stets, wenn sich die Dinge nicht zur allge-
meinen Zufriedenheit gestalten, ein Hauptargument der Ver-
teidigung bleiben, daß mit diesem Vertrag eben nicht mehr
zu erreichen sei. Herr Lardieu aber gehört zu den geistigen
Bätern des Vertrags und fühlt sich daher gedrungen zu be-
weisen, daß der Vertrag Frankreich zu höchster Blüte führen
müsse, wenn er nur richtig angewendet würde. Aus dem
fatalen Streit darüber, wer von beiden schlechter sei: ihre
Regierung oder ihr Vertrag, werden die Franzosen sobald
nicht herauskommen, aber es ist auch begreiflich, daß wir in
Deutschland ihm nur mit möglichem Interesse begegnen.

Wenn nun Deutsche und Franzosen von der Unbrauch-
barkeit des Versailler Friedensvertrages gleichmäßig überzeugt
sind, so läge der Gedanke nahe, diesen Vertrag durch ein
neues Abkommen zu verbessern. Das war die Grund-
idee des Seydoux'schen Vorschlags, der eine Zeitlang Aussicht
auf Verwirklichung zu haben schien, wie weit auch die Inter-
essengegenstände auseinanderklaffen. Plötzlich aber wurden
die angesprochenen Fäden fallen gelassen, und an die Stelle
der Revision durch Vertrag trat die Revision durch
Diktat.

Durch die französische Kammerdebatte wird bestätigt und
unterstrichen, was sowieso unter denkfähigen Menschen gar
nicht bestritten werden kann, daß nämlich die Pariser Be-
schlüsse eine totale Umkrempelung des Vertrags
von Versailles darstellen. Die Abänderung der Ver-
tragsbestimmungen soll aber jetzt nicht unverständlich erfolgen,
sondern sie soll Deutschland aufgegeben werden durch
die Drohung, man werde sonst die Rheinlande zollpolitisch von
Deutschland abschneiden und in unbefestetes deutsches Gebiet
einmarschieren. Das bedeutet — in der Ära des „Völker-
bundes“ — einen Rückschritt in ein Zeitalter, in dem der Be-
griff des Völkerrechts noch gar nicht existierte, eine Prokla-
mation des offenen Faustrechts.

Stellen wir uns vor, Deutschland würde unter dem Druck
der Einmarschdrohung durch Unterschrift Verpflichtungen auf
sich nehmen, die im Vertrag nicht begründet sind. Was wäre
die Folge? Die Pariser Beschlüsse sind so offenbar unsinnig,
daß ihre Ausführung den Siegern alsbald die größten Ent-
täuschungen bereiten würde. Es käme also in kürzester Frist
zu einer neuen Revision, die wieder nicht im Einverständnis
mit dem Vertragsgegner Deutschland, sondern in Beratungen
der Alliierten untereinander beschlossen würde, und wieder
hieß es dann Deutschland gegenüber: „Unterzeichne oder
wir marschieren!“ Ob ein solcher Zustand für die Alliierten
und für die ganze Welt von Vorteil ist, soll hier nicht weiter
untersucht werden, nur soll uns kein Mensch ein-
reden wollen, daß das der Frieden sei. Das
ist nicht der Frieden, sondern es ist der ewige Krieg.

Herr Briand hat in seiner gestrigen Rede erklärt, die
unter den Alliierten vereinbarten „Sanktionen“ seien eine
Sache, die Deutschland nichts angingen. Deutsch-
land soll also gewissermaßen nur das Objekt darstellen, es hat
das, was über es verhängt wird, zur Kenntnis zu nehmen,
aber man diskutiert mit ihm darüber nicht. Dieser Stand-
punkt der Brutalität ließe sich rechtlich nur dann aufrecht-
erhalten, wenn die vereinbarten „Sanktionen“ in den Bedin-
gungen des Vertrags von Versailles ihre Stütze fänden. Das
ist aber nicht der Fall! Weder die Errichtung der
inneren Zollgrenze noch der Einmarsch in
unbefestetes Gebiet gehört zu den im Vertrag
vorgesehenen Strafbestimmungen.

Um so unsinniger und willkürlicher ist es, die Anwendung dieser Maßregeln ins Auge zu fassen, nicht um Deutschland zur Ausführung des Vertrages, sondern um es zu seiner Revision zu zwingen. Die Revision kann nur einverständlich erfolgen. Fehlt dieses Einverständnis, so bleibt Deutschland nichts anderes übrig, als sich auf den Boden des Vertrages zurückzuziehen und auf ihm zu kämpfen. Es bezieht damit die letzte Verteidigungsstellung im Kampfe des Rechts gegen die Macht.

Selbstmordpolitik der U. S. P.

Die Unabhängigen haben durch ihren sinnlosen Angriff auf den Reichstagspräsidenten, Genossen Osbe, wegen seiner Anwesenheit in der Reichstagskammer vom 2. Februar viele Arbeiter vor den Kopf gestoßen, sie haben aber aus ihrem Fehler von damals nichts gelernt. Heute veröffentlicht die „Freiheit“ den unseren Lesern bekannten Aufruf der Gewerkschaften „An die Arbeiter der Welt“ unter der Überschrift: „Eine verbesserte Kundgebung“. Sie erklärt im vorhinein, dieser Aufruf werde seinen Eindruck machen, ja, sie entdeckt in ihm sogar „nationalistische Formeln“! Die Unabhängigen erweisen durch diese schamlosesterrnde Methode den Eindruck, als ob für sie jede Vertretung des Existenzrechts der deutschen Arbeiter gegenüber dem Entente-Kapitalisten gefährlicher „Nationalismus“ wäre.

Heute, da Deutschland gegen eine schwerbewaffnete Welt seine Verteidigung nur noch mit geistigen und moralischen Mitteln führen kann, schiene uns ein Streit um das Recht der nationalen Verteidigung wenig angebracht. Mögen die Vertrauensleute der Unabhängigen doch in den Betrieben herumhören, sie werden dann finden, daß es keinen Arbeiter gibt, der die Haltung der U.S.A. versteht!

Ein neuer „Rotgardisten“prozeß.

Kassel, 5. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Am 14. Februar beginnt vor dem Sondergericht des Gruppenkommandos II in Kassel die Verhandlung gegen die kürzlich im Ruhrgebiet verhafteten Führer der „Roten Armee“. Sechs der damals Verhafteten befinden sich in Kassel in Untersuchungshaft. Ferner werden noch etwa weitere vier Personen als Angeklagte vor dem Sondergericht erscheinen. Die Verhandlung, die vom Landgerichtsrat Hartmann in Kassel geleitet wird, dürfte 14 Tage dauern. Die Anklage wird vom Staatsanwaltsrat Dr. Reyer-Kassel vertreten. Als Verteidiger werden die Rechtsanwälte Wolff-Püschel und Reyer-Effen auftreten. Die Anklage ist auf Grund der bekannten Verordnung vom 30. Mai 1920, betreffend die Bildung von Verbindungen militärischer Art, erhoben worden.

Der Rechtsanwalt Dr. Leon Schreitz nun dem „Kasseler Volksblatt“: Es werden in der Angelegenheit der „Roten Armee“, angeblich von Künstler, teilweise durch WTB, fortwährend falsche Gerüchte verbreitet. Demgegenüber lege ich als Verteidiger der Angeklagten Wert darauf, zu erklären, daß bisher bei allen Hausdurchsuchungen noch nicht eine einzige Waffe gefunden worden ist, so daß also die „Bewaffnung“ der „Roten Armee“ lediglich in der Phantasie besteht.

Strinnes-Heuchelei.

Zu den Preußenwahlen erfreut die „Deutsche Volkspartei“ einmal wieder des Wählers Herz durch illustrierte Bülletenbogen, gedruckt und bezahlet von Herrn Stinnes. Der eine richtet sich „an Preussens Frauen“ und man kann in geschmackvoller Weise darauf bildlich dargestellt sehen, wie eine deutsche Frau von einem scheußlichen Neger vergewaltigt wird, ferner wie England und Frankreich sich des deutschen Besitzthums bemächtigen, wie einer Frau der Kopf abgeschnitten wird ufm. ufm. Das ganze wird begleitet von Versen oder besser gesagt Remereien, aus denen hervorgehen soll, daß die Frau nur die Deutsche Volkspartei zu wählen brauche, um den Druck der Entente und das Diktat von Versailles loszuwerden.

Tribüne: Shaw-Abend.

Die beiden hier in Berlin zum ersten Male gespielten Einakter sind edictor Scham. Ein früher bereits von ihm behandelte Motive anknüpfend, besprechen sie verschiedene, ja gegenwärtige Grundzüge seiner fannisirten Poesie charakteristisch wieder.

Im ersten Stücken: „Der Mann des Schicksals“ spricht Shom, der skeptisch amüsante Plianderer, an den man, wenn von ihm die Rede ist, ja freis in erster Reihe denkt. Shom hat Napoleon als Typ der großen Männer, die ja bei näherem Zusehen oft — und zwar nicht nur für ihre „Kammerdiener“ — recht menschlich klein erscheinen, bereits im „Schlachtenleber“ persifliert. Er ist auch hier der Mittelpunkt des unterhaltam lustigen Spieles, über dessen Unwahrscheinlichkeiten man gern hinweg sieht. Es dreht sich um das Geplänkel mit einer „fremden Dame“, die als österreichische Spionin einem drollig bummeln französischen Leutnant Staatsdepeschen abgeluxt. Die List und die Courage, mit der sie sich verteidigt, abwechselnd die Register der Schmeichelei und weiblicher Zornergüsse aufzieht, imponiert ihm wider Willen. Ein Theatererfolg entscheidet in der Komödie ihren Sieg. Verteidet zwingt sie ihn, die überlieferten Briefe ungeschoren ihr zurückzugeben. Der Eroberer wird von ihr erobert. Ina Hin und Her des Dialogs blüht überall der feine Shomsche Spott. Sehr hübsch ist namentlich die Szene, in der Bonaparte nach dem Bekanntnis, daß er bei seinen Taten einzig immer nur an sich gedacht, dann in den offiziellen Programmsatz seines französisch-republikanischen Patriotismus zurückversetzt und nun der klugen Partnerin ausgelacht wird. Maria Fein war glänzend in der Rolle. Gut auch Jakob Feldhammer, der in jugendlich sympathischer Erscheinung mit starker Unterstreichung des egotischen Temperaments den Bonaparte spielte, und Liede in der beschaulich-zufriedenen Kontrastfigur des rundlichen italienischen Gelehrten.

„Blanco Posnets Erweckung“, ein Drama aus dem amerikanischen Westen, erinnert in der etwas melodramatisch-fantastischen Aufmachung wie in Gedanken und Tendenz an den „Teufelskerl“. Man hört da wiederum den Schaw der „Burlingtoner“, Posnet ist gleich dem Teufelskerl ein wild verwegener Bursch, der den Hatz und die Verachtung der anständigen Gesellschaft in trotzigster Aufsehnung ihr doppelt zurückgibt. Ein Bogobund und Rebell, der noch im Angesicht des Todes dem lieben Gott die kleinste Reuerenz verweigert. Ein Verbedieb, der, von den Farmern vor ihr Gericht geschleppt, Männer und Frauen lächerlich verhöhnt und bei alledem zu diesen Hohn im Recht hat. Die schadenfrohe Nachsicht in ihren Eigentumsinstinkten tief gekränkten Sippe wird in Szenen voll unüberwundlich frohem Naturalismus vorgeführt. Man hat den Hebelstiel auf der Landstraße als Fußgänger verhasst, aber das Zeugnis einer Dame, die ihn reiten sah, gilt als verweigerndes Beweis der Schuld. Er wird den Raub verkauft haben, so meint man; dann aber stellt er sich heraus, daß dieser Lump, der auf dem Rasse selbst entkommen konnte, das Tier einer armen Frau überlassen, die zur Rettung ihres todkranken Kindes den Landstrolach holen mußte. Die fremde Not ist ihm aus Hertz gegangnen.

Das ist außerordentlich kühn in demselben Augenblick, wo die Deutsche Volkspartei gerade einmal wieder transpazifisch nach „Verbreiterung der Regierungsbasis“ schreitet, weil sie sich gegenüber den Ententeforderungen nicht mehr zu halten weiß. Auf den Flugblättern schreibt man: „Nur die Sozialdemokraten aus der Regierung heraus und wir werden gegenüber der Entente machtvoller auftreten!“. In der Praxis wimmert man: „Liebe Sozialdemokraten, kommt doch nur in die Regierung herein, damit wir gegenüber der Entente stärker auftreten können.“ Das ganze ist ein schöner Beweis für die Heuchelei der Stinnes-Agitation.

Herr Stinnes arbeitet nicht nur für seine engere Partei, er schirmt auch Maske für den gesamten Bürgerblock. Auf einem dieser Masken sieht man, wie ein gräßlicher Strolch mit roter Ballonmütze von hinten einem deutschen Gelehrten mit Brille und Laboratoriumsmittel den Hals umkrallt und ihn erwürgt. Unterschrift: „Nieder mit den roten Bürgern — wählt bürgerlich!“ Wer glaubt, mit solchen Masken auf die Männer der deutschen Wissenschaft Eindruck zu machen, der verrät nur, daß er in Wirklichkeit eine sehr geringe Meinung von ihnen hat.

In öffentlichem Interesse."

Das Oldenburger Schöffengericht verurtheilte den politischen Redakteur unseres Rühringer Parteiblattes, den Genossen Kliche, zu einer Geldstrafe von 300 M. Das betreffende Blatt hatte im März vorigen Jahres einen Artikel der „Medlenburgischen Volkszeitung“ nachgedruckt, in dem dem General v. Einsingen Vorwürfe wegen dessen Thätigkeit in den Karpathen gemacht wurden. Herr v. Einsingen hat später gegen die „Medlenburgische Volkszeitung“ Beleidigungsklage angestrengt und, da der Einfender des Artikels seinen Namen nicht genannt wissen, auch den Wahrheitsbeweis nicht antreten wollte, eine Verurteilung des Rostocker Blattes erzielt. Kurze Zeit darauf ermittelte jedoch die Behörde den Verfasser des Artikels in der Person des dortigen Polizeimajors Eischeid. Dieser wurde wegen seines Ansehens aus dem Dienst entlassen, außerdem ließ der General Einsingen gegen ihn ein Verdicten einleiten, das noch nicht erledigt ist. Wegen des durch unser Rühringer Blatt lediglich zitierten Artikels stellte „in öffentlichem Interesse“ auch der Oldenburger Staatsanwalt Anklage, welcher sich v. Einsingen als Rebenkläger anschloß. Das Resultat war die obige Strafe.

Hoffen wir, daß in Zukunft Staatsanwälte ein öffentliches Interesse als vorliegend auch dann erblicken, wenn beispielsweise gegen sozialdemokratische Beamte ehrenrührige Be-
würfe erhoben werden! — Befremdend bleibt auch, daß Herr v. Vin-
kingen hzm. dessen Vertreter noch besonderen Wert auf die Be-
strafung eines Redakteurs legen, nach dem der Verfasser des Ar-
tikels bereits in der Person eines Stabsoffiziers ermittelt
wurde. Sozialdemokratische Minister, Beamte und Abgeordnete, die
man von rechter Seite im letzten Jahre zu Tausenden beleidigte und
verleumdete, ohne jemals den Wahrheitsbeweis vor Gericht
führen zu können, handelten in solchen Fällen durchweg konzilianter,
d. h. beanugten sich in Fällen, wie dem vorliegenden, mit einer ent-
sprechenden öffentlichen Erklärung und verzichteten auf
die Bestrafung des Redakteurs.

Das herrliche alte Preußen.

Bei der Agitation der Rechtsparteien spielt bekanntlich der Hinweis darauf, wie herrlich wir doch früher gelebt hätten, eine große Rolle. Natürlich lebte es sich in Deutschland angenehmer und besser, ehe die Hohenzollern und ihre getreuen Anbeter, die bürgerlichen Parteien in den Weltkreis hineintumelten und ihn verloren. Aber gelegentlich haben in der Preussischen Landessammlung selbst die Reaktionsäre zugegeben, daß im alten Preußen für alles gesorgt wurde, nur nicht für das Volk. Zu ein paar solcher Geständnisse zu erinnern, wird nützlich sein.

Wie früher die preußische Verwaltung ein Konsulat junger Juristen war, so wurde der Volksparteiler Dr. Richter sehr zart mit folgenden Worten an:

„Ich habe schon früher einmal dargelegt, daß unter der früheren Regierung bei der Koswohl der Verwaltungsbeamten noch meiner persönlichen Aufsicht, aber auch noch Aufsehung meiner politischen Freunde nicht immer ohne eine gewisse Einseitigkeit vorgegangen worden ist.“ (Stenogramm Spalte 1436.)

Sein Mitgefühl gab ihm die Kraft zu höchster Opfertier. Aber auch diese Feststellung hätte ihm noch nicht vom Gelingen geholfen. Erst als die von ihm beleidigte Dirne, die ihn durch ihr Zeugnis verderben will, von solchem Beispiele der Großmuth unwillkürlich angefaßt, die Aussage zurückzieht, läßt man ihn laufen. Die Darstellung des sonderbar fremdartigen Gesellen durch Jakob Felsdhammer war eine Leistung hohen Ranges. Jeder Wendung wurde der Stempel freier eigenwilliger Urmöglichkeit aufgedrückt.

Carl Hauptmann, der Dichter und Mensch. Einer unserer feinsten Erzähler, ein ewig Strebender, der stets von neuem aus der tiefen Innerlichkeit seiner Seele heraus mit den Problemen des Menschentums auch als Dramatiker gerungen hat, ein deutscher Dichter ist dahingegangen. Gerhart Hauptmanns älterer Bruder, den meisten immer nur des „Weber“-Dichters Bruder, aber seiner kleinen, doch um so treueren Gemeinde ein über alles geliebter Poet, hat, viel zu früh und gewiß lange vor seiner höchsten Reife und Verblüdung, die Feder aus der Hand gelegt, die bei ihm nie vom Hirn, die ihm stets vom Herzen geführt worden ist. Und aus seinem Herzen sprach stets die Seele eines Dichters, die in den dargestellten Gestalten seiner Einbildungskraft nach der Seele gesucht. Das Heile, Bewußtende, Gütliche im Menschen war es, dem seine dichterische Sehnstucht galt, und wie Paul Hense einmal von sich gesagt hat, er könne keinen Menschen schildern, an dem nicht wenigstens irgend etwas Gutes den dunklen Charakter erleuchte, so war auch für Carl Hauptmann das Böse allzeit nur eine flüchtige Phase im Kampf ums Licht.

Nicht manchem unter den Dichtern unserer Tage ist der Kampf um Anerkennung so schwer geworden wie dem einflamen Poeten von Schreiberbau. Von Natur kräftlich, frühzeitig vom strahlenden Ruhm des jüngeren Dichterbruders überschattet, hat Carl Hauptmann von Werk zu Werk schwer gerungen, lange Jahre hindurch, ohne in der größeren Öffentlichkeit mehr als laue Zustimmung zu finden. Er war alles andere denn dem Naturalismus ergeben; er war im Gegentheil einer der Stärksten, wenn nicht der Stärkste Romaniker unserer Tage. Er suchte das Göttliche im Menschen, und er ließ ihre Seele tingen nach Höhe und Vollendung. Dieser künstlerische Drang überstieg gewiß oft seine dichterische Kraft, und so kam es, daß so manche seiner Werke am Ende enttäuscht haben. Aber sein Streben ging stets aus auf laute Erkenntnis- und höchste Reinheit der Empfindung.

Die letzten Jahre seines Schaffens galten vorwiegend der Bühne. „Die lange Aule“, „Die armeligen Befehlsbinder“, seine „Rebhfühner“ und besonders „Tobias Buntichs“ bezeichnen durchweg mehr oder weniger erfolgreiche Etappen in seinem steten Kampf um den großen dramatischen Erfolg, den er freilich nicht des äußeren Glanzes wegen, sondern aus innerem Drange gesucht hat. Sein gewaltiges TeuDEM „Krieg“ ist eine visionäre Vorarbeit des Ungeheuerlichen, das sich bald nach dem Erscheinen des Werkes ereignet hat; denn dieses TeuDEM erschüttert durch eine fast überirdische Phantasie und durch eine Ethik, in der das menschliche Glaubensbekenntnis des Dichters zum Ausdruck kommt. H. T.

Ehrlischer und deutscher wurde der deutschnationale Abgeordnete
Dr. Regenborn:

"Ich glaube, wir werden alle miteinander erkennen müssen: aus diesem Gebiete der Wohnungsfürsorge liegen nicht Unterlassungsfinden vor, da liegt mehr vor, da liegt Schuld vor. Wenn wir dazu übergegangen wären, wirklich mit Kraft diese Frage zu lösen — und sie konnte gelöst werden, sie kommt uns, vom heutigen Standpunkte aus gesehen, für die Zeit vor dem Kriege sinderleicht vor —, wenn wir unsere sozialen Pflichten erkannt hätten, dann wäre uns manches von dem, was wir erlebt haben, erspart geblieben." (Stenogramm Spalte 1649.)

Der völksparteiliche Abgeordnete Tegeder gestand, daß in der Lehrerbildung im alten Preußen viel gesündigt worden sei und daß große Kräfte dergeßt hätten; wenn jetzt in Teile der Lehrerschaft ein radikaler Geist eingezozen sei, so sei das auf die frühere Behandlung zurückzuführen. (Stenogramm Spalte 1216.)

Der deutschnationale Abgeordnete Ebersbach erinnerte die Beamten daran, daß auch sie von der alten preussischen Regierung der größten Not überliefert worden seien und sie die deren „Wohlfühlen“ für die Beamten höchst in Anführungsstriche. (Stenogramm Spalte 5098.)

Den Bergarbeitern rief der Zentrumsabgeordnete Kohmann ins Gedächtnis, wie schlecht die alte Regierung für sie, ihre Angehörigen, Witwen und Waisen gesorgt hat; hinter allen Nebel hätte nicht eine einzige Tat für sie gestanden. (Stenogramm Spalte 2007.) Den Banarbeitern aber rief der Zentrumsabgeordnete Bergmann zu:

Wie ist es früher gewesen? Eine zum Teil geradezu unwürdige Abhängigkeit — das sage ich, auch als Christlicher Arbeiter —; dann die veralteten Gesellungsordnungen; zum großen Teil ausländische Arbeitskräfte, die als Schmutzkonkurrenz gegen die deutschen Arbeiter mißbraucht wurden; die Vorenthaltung und Verkümmern des Koalitionsrechts; — solche Zustände hatte die deutsche Landarbeiterchaft in der Vorkriegszeit zu beklagen.“ (Stenogramm Spalte 5703.)

Setzt in allgemeinen Kulturfragen, in denen es nicht in erster Reihe um die Minderbemittelten ging, hat das alte Preußen verfügt. So stand der deutsche nationale Abgeordnete Weigermel, daß die alte Regierung die Moorkultur vernachlässigt habe. (Stenogramm Spalte 5273.) Es ist dies derselbe Abgeordnete, der für die Deutsche nationale Volkspartei im Landwirtschafsausschuß dem sozialdemokratischen Landwirtschafsminister Otto Braun die höchste Anerkennung dafür ausgesprochen hat, daß er die Moorkultur so rathfräßig fördere, und der Volkspartei der Held fügte ein warmes Lob für Braun wegen seiner Förderung der Siedlungstätigkeit und der Versorgung der Landwirtschaft mit künstlichem Dünger hinzu — Anerkennungen, die jetzt im Wahlkampf die Reichspresse vergeblich aus der Welt zu wischen sucht.

Sankt Bernhard am Morterspahl.

In letzter Zeit muß die Zahl der Beschwerdebriefe aus Abonnentenzirkeln der „*Pöhlischen Zeitung*“ wegen der „*kontinentalpolitischen*“ Stellung des Blattes und noch mehr die Zahl der abbestellten Abonnements stark zugenommen haben, denn der Alldeutsche Verlagdirektor Georg Bernhard schloß sich veranlaßt und seine „*Pöhlitz*“ vor seinen unzufriedenen Lesern zu rechtfertigen. Er lud die Protestanten zu einer Zusammenkunft ein, in der er seine außenpolitischen Ansichten entwickelte. Nach einem Bericht der „*Deutschen Zeitung*“ soll der Bernhardsche Vortrag, trotz allerlei wichtigerer Uebersetzungen über Geheimnisse des Ententegeßters, die er zwar lenne, jedoch nicht der Deffinitivität freigegeben könne, sehr wenig Überzeugend gewirkt haben. In der Diskussion wurde die „*Kontinentalpolitik*“ scharf kritisiert.

Was würden aber erst die Befür der „Böf“ fagen, wenn sie wüßten — was übrigens in Berliner Preßkreifen seit Monath allgemein bekannt ist —, daß innerhalb der Hiftorien-Redaktionen felber die fchärfsten Meinungsverschiedenheiten über den Wert der Bernhardt'schen Theorien bestehen und daß die Fortsetzung des kontinentalpolitischen Kurses nur mit stets abnehmender Stimmenmehrheit in Aufsichtsrats- und Redaktions- sungen beschloffen wird?

Katschka auf der Bühne. Das Drama „Orpheus und Eurydike“ von Oskar Katschka, fand bei seiner Uraufführung im Frankfurter Schauspielhaus starken Widerspruch gegen den eine kleine Minderheit anzuspüren versuchte. Der Versuch, die Handlung begrifflich zu erfassen, wäre fruchtlos. Es hieß auch dem Werke Gewalt antun und den Hauch dieser oft distancierten Seelensprache verflüchtigen. Denn der Angelpunkt dieser literarischen Erzählumsform — zu Unrecht „Drama“ genannt — ist fälschlich als Theaterstück aufgefacht und behandelt — liegt ganz wo anders. Er ruht im Musikalischen, im Klang des Wortes (nicht der Worte), der allmählich das Seelliche entschleiert. Rein und von hauchzarter Bildsamkeit ist seine orphische Seelenmusik; aber wenn die Sprache nach Gestaltung und Gedanklichkeit verlangt, wird sie rau und dunkel, die Bilder stürzen in Unübersichtliche. Die Frankfurter Uraufführung brachte denn auch kein gutes Gelingen.

Ein Künstlerstreit gegen einen Kritiker. Aus Gera wird geschrieben: Gegen den Kritiker der „Ostthüringer Tribune“ (H.S.) ist das gesamte Personal des Reichshof-Theaters und der Reichshof-Kapelle förmlich aufgereizt und hat jede künstlerische Tätigkeit in Anwesenheit dieses Kritikers eingestellt. Dem Kritiker wird von seinen Gegnern größte Unachtsamkeit, Ermüdung in internen Fragen des Theaters und „durch Parteipolitik völlig verdorbenes künstlerisches Urteil“ vorgeworfen, ferner überhaupt jedes musikalische Verständnis abgesprochen. Besonders verwahrt sich das Theater gegen die Angriffe gegen den ehemaligen Fürsten von Reuß, dessen Großherzigkeit und Kunstliebe das Theater allein seine Existenz verdanke. Die „Ostthüringer Tribune“ hat daraufhin jede Kritik über die Aufführungen des Reichshof-Theaters eingestellt.

Erstaufführungen der Woche. Do. Trianontheater: „Die
Gesellschaft des Abbé Chateaufort“.

Das Theater des Wehrens wird für diesen Sommer von dem früheren Gieshader Stadttheaterdirektor Richard Treu übernommen. Er geleitet Doreellen an diesen und Sonntag's literarische Matineen zu veranstalten. U. a. will er „Robert Guiscard“ von Kleist in der Uebersetzung von Dr. Schroeder mit Bassezmann und Krausnick in den Hauptrollen geben.

Kreisabende. Sonntag, Donnerstag, Freitag: „Von San Remo nach Florenz“. Montag: „Eranen“. Dienstag: „Die Schönheit der deutschen Landschaft“. Samstag: „Aegypten und der Nil“. Mittwoch: „Ist die Welt nicht schön?“. Donnerstag: „Das Seelenleben der Tiere, photographisch dargestellt“.

Vorlesungen. In der Ausstellung „Ungarn — Ungarn — Ungarn“ (im Doblinger-Kunstgewerbehaus) findet ein Vortragstag über die ungarische Kultur statt. Am 2. Februar gibt William Cohn eine fesselnde Besprechung der ungarischen Kunst. — Konstantin Umarsch aus Krasnodar ist am Mittwoch im „Zinn“ einen Vortrag über die neue Kunst im Sowjet-Russland.

Sein Gaullerfisch der Schule Wetmann am 8. Februar in der Fälen des Zoologischen Gartens wird ein großer Gaullerfisch unter Mitwirkung bekannter Händler den Hörsprung bilden. Er wird gefangen und der Kasse am 12. Februar zur Verfügung gelangen.

Die Diskontogesellschaft als Buttervermittler.

Der Mörder der Frau Seelitz verhaftet.

Es sind bei der Kriminalpolizei über 650 Angelegenheiten eingegangen, die alle von den Beamten der Nordkommission geprüft wurden. Die gestohlenen Schmucksachen haben beide auf dem Tempelhofer Feld in der Nähe der Rüstfackelurne vergraben, wo sie wieder aufgefunden wurden.

„Beamte und Landtagswahlen.“

Wählerversammlung in Moabit. Vor einer Versammlung der Beamten und Angestellten des Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden, die am Freitag in den Hohenzollernsälen tagte, sprach Ministerialrat Genosse Knoke über die Bedeutung der Randtagswahlen für die Beamenschaft. Redner wies zunächst auf die Lage der Armuth im November 1918 hin. Ein Rückblick auf diese Zeit zeige uns, in welcher schlotternden Angst sich die Leute damals befanden, die heute den Mund wieder weit aufreißen, um durch täuschende Versprechungen die Wähler, insbesondere auch die Beamten für sich zu gewinnen. Man hängt sich zu diesem Zweck je nach Bedarf ein passendes Mäntelchen um, um so die demagogische Wahlmasse erfolgreicher betreiben zu können. Sie haben es freilich bei den Wahlen zum Reichstag im vorigen Jahre schon verstanden, in gleicher Weise den Stimmenfang zu üben, und es ist leider durch die Zerspaltung der deutschen Arbeiterklasse dahin gekommen, daß wir im Reich eine rein bürgerliche Regierung haben. Viele Wähler, die darüber enttäuscht waren, daß durch die Revolution nicht mit einem Schlag das Land gescha-

Die Eisenbahnarbeiterkolonne als Männerbünde.

Den Nachforschungen der Kriminalpolizei gelang es, festzustellen, daß an der Beraubung des Wagens eine Kolonne Straßenarbeiter beteiligt war. Ein Teil der Beute, den die Verhafteten noch befehlen oder schon zu Geld gemacht hatten, wurde beschlagnahmt. Der Anführer der Bande jedoch, der 27 Jahre alte Eisenbahnarbeiter Gustav Kuhnert aus der Bühlstraße 100 war mit dem größten Anteil an dem Raube spurlos verschwunden und wurde die ganze Zeit hindurch vergeblich gesucht. Gestern fiel auch er einer Patrouille der Kollidiebesbande hier in die Hände, als er versuchte, von einem Händler, dem er einen Teil der Juwelen für billiges Geld verkauft hatte, nachträglich zu bewegen, ihm weitere Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Der Verhaftete ist geständig, mit anderen den Raub ausgeführt zu haben.

Diktatur der Kommunisten.

Man kann sich hiernach eine Vorstellung davon machen, wie die Kommunisten, wenn sie bei uns zur Herrschaft kämen, die „Diktatur des Proletariats“ ausüben werden. Sie hatten ja auch in ihren Reden die terroristischen Maßnahmen ihrer russischen Heiligen als Notwendigkeiten gerechtfertigt und in Aussicht gestellt, sie würden es mit den „Scheibemännern“ ebenso machen, wenn sie erst die politische Macht haben. — Daß es nicht dahin kommt, dafür wird der gesunde Sinn der deutschen Arbeiter sorgen, denn sie sind in der Mehrheit gegen jeden Terrorismus, von dem er auch bedröht werden mag.

Generalversammlung der Gemeindearbeiter.

Der Verband der Staats- und Gemeindearbeiter (Dissermierung Berlin) hatte am Freitag im großen Saal des Genossenschaftshauses eine überaus zahlreich besuchte Generalversammlung. Der Bevollmächtigte Polenske erstattete den Geschäftsbericht für das Jahr 1920, in dem er namentlich auch eine Übersicht über die Bewegungen und Streiks gab. Obwohl die Filiale Groß-Berlin im vergangenen Jahre größere Streiks nicht durchzuführen hatte, sondern nur hier und da an Streiks beteiligt war, hatte sie doch in diesem Zeitraum an Untersuchungen für Streiks annähernd eine halbe Million Mark zugegeben. Die Aktion der Gemeindefarbeiter hat wesentlich dazu beigetragen, daß der Rapp-Buch zusammenbrechen mußte. Die Mitglieder

Bei den Wahlen selbst legten die Vorschläge der erweiterten Verwaltung über die rein kommunalistische Liste. Es wurden als belohnte Mitglieder der Ortsverwaltung gewählt zum ersten Bevollmächtigten Polenske (S.P.D.) mit 537 Stimmen, zum zweiten Bevollmächtigten Pagedzin (U.S.P.) mit 301 Stimmen, zum Kassierer Hoffmann (R.P.D.) mit 671 Stimmen und zum Sekretär Gürtne (U.S.P.) mit 987 Stimmen. Auf die kommunalistische Liste entfielen 231 bis 235 Stimmen. — Zu unbefohlenen Mitgliedern der Ortsverwaltung wählte man: Schwanebeck, Habel, Ellib, Venz, Gursche, Rief, Grünau, Fuchs, Kaiser, Hammermeier und Hannemann. Davon gehören 7 der U.S.P., 3 der S.P.D. und 1 der R.P.D. an. Die Stimmengablen schwankten hier zwischen 315 und 466, während es die kommunalistische Liste nur auf 92 bis 148 Stimmen brachte. — Die Delegierten zur Gewerkschaftskommission blieben dieselben.

Der Streik in der Kartonbranche beendet.

In einer heute vormittag abgehaltenen massenhaft besuchten Versammlung der Streikenden empfahl die Delegiertenleitung die Akzession der Vereinbarung, denn sie bringe den Arbeitern und Arbeiterinnen ungefähr ebensoviel, wie gefordert wurde.

Haft ein stimmig anahm die Verammlung die Vereinbarung an.

Verband der Hölzner und Glaserarbeiter. Wir fordern die Kollegen
ebendurch auf, umgehend ihre Meldungen zu den Betriebsbeiratsstellen auf dem Oris-
dean anzugeben.
Die Ortsverwaltung.

Theater der Woche.

Vom 6. Februar bis 13. Februar

1. Die Hühner. 2. Die Hühner. 3. Die Hühner. 4. Die Hühner. 5. Die Hühner. 6. Die Hühner. 7. Die Hühner. 8. Die Hühner. 9. Die Hühner. 10. Die Hühner. 11. Die Hühner. 12. Die Hühner. 13. Die Hühner. 14. Die Hühner. 15. Die Hühner. 16. Die Hühner. 17. Die Hühner. 18. Die Hühner. 19. Die Hühner. 20. Die Hühner. 21. Die Hühner. 22. Die Hühner. 23. Die Hühner. 24. Die Hühner. 25. Die Hühner. 26. Die Hühner. 27. Die Hühner. 28. Die Hühner. 29. Die Hühner. 30. Die Hühner. 31. Die Hühner. 32. Die Hühner. 33. Die Hühner. 34. Die Hühner. 35. Die Hühner. 36. Die Hühner. 37. Die Hühner. 38. Die Hühner. 39. Die Hühner. 40. Die Hühner. 41. Die Hühner. 42. Die Hühner. 43. Die Hühner. 44. Die Hühner. 45. Die Hühner. 46. Die Hühner. 47. Die Hühner. 48. Die Hühner. 49. Die Hühner. 50. Die Hühner. 51. Die Hühner. 52. Die Hühner. 53. Die Hühner. 54. Die Hühner. 55. Die Hühner. 56. Die Hühner. 57. Die Hühner. 58. Die Hühner. 59. Die Hühner. 60. Die Hühner. 61. Die Hühner. 62. Die Hühner. 63. Die Hühner. 64. Die Hühner. 65. Die Hühner. 66. Die Hühner. 67. Die Hühner. 68. Die Hühner. 69. Die Hühner. 70. Die Hühner. 71. Die Hühner. 72. Die Hühner. 73. Die Hühner. 74. Die Hühner. 75. Die Hühner. 76. Die Hühner. 77. Die Hühner. 78. Die Hühner. 79. Die Hühner. 80. Die Hühner. 81. Die Hühner. 82. Die Hühner. 83. Die Hühner. 84. Die Hühner. 85. Die Hühner. 86. Die Hühner. 87. Die Hühner. 88. Die Hühner. 89. Die Hühner. 90. Die Hühner. 91. Die Hühner. 92. Die Hühner. 93. Die Hühner. 94. Die Hühner. 95. Die Hühner. 96. Die Hühner. 97. Die Hühner. 98. Die Hühner. 99. Die Hühner. 100. Die Hühner.

[illegible][illegible][illegible]

TAGE

CHAUSSEESTR. 70-71

5 Paar Kaffeetassen Porzellan m. Goldrd. 9⁵⁰

8 Speiseteller
Hof. Stielgut 950
und Flach

1 Waschbecken
weiß, Steingut 9,50
oder bunt . . .

1 Wasserkanne
wies, Steingut 9.50
oder kunst.

1 Weinrömer
geschliffen 9⁵⁰

1 Waschbrett
Hartholz, mit starker
Zinkeinlage ... **950**

Kinderkleid
farb. gestickter Batist
Größen 45 - 60 **9.50**

11. Hof 2, Petersburgerpl. 4
Luth. Marienkirche, 34. Wetz-
straße 9, Steinhilberstr. 22,
Klosterstr. 174, Sieglitzer
Str. 37, Charlottenburg, Co-